

Das Zentralkomitee für Verstärkung der Anstrengungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

Das deutsche Volk erwartete von der Sitzung des Bonner Bundestags am 17. Oktober 1951 eine bejahende Antwort auf die Fragen des Ministerpräsidenten Otto Grote wohl und der Volkskammer an den Bundestag, ob der Bundestag bereit sei, einer gesamtdeutschen Beratung zur Durchführung freier demokratischer Wahlen und zur Erörterung der Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages zuzustimmen.

Der Bonner Bundestag, mit Ausnahme der Kommunistischen Fraktion, stimmte aber dem Vorschlag einer gesamtdeutschen Beratung nicht zu, in der beraten und eine Verständigung darüber erzielt werden soll, wie durch gesamtdeutsche demokratische Wahlen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu erzielen ist.

Zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages hat sich der Bonner Bundestag auch diesmal nicht geäußert. Die Adenauer-Regierung denkt nicht an einen Friedensvertrag, sondern nur an Militarismus und Aufrüstung.

Die Vereinbarung Adenauers mit McCloy, die Frage der Schaffung der Voraussetzungen von Wahlen vor die UN zu stellen, bedeutet Verschiebung auf lange Sicht und verdeckt nur schlecht die Gegnerschaft der Bonner Regierung und des amerikanischen und englischen Gouverneurs in Westdeutschland gegen gesamtdeutsche Wahlen. Die friedliebenden Kräfte in Deutschland sind der Meinung, daß die Vorbereitung der Wahlen Sache der Deutschen selbst ist.

Die negative Haltung der Majorität des Bonner Bundestages zu den Vorschlägen der Volkskammer entspricht den Wünschen der amerikanischen Kriegstreiber, die in den Geheimverhandlungen mit Adenauer die Remilitarisierung Westdeutschlands, das Wehrgesetz, die Einbeziehung Westdeutschlands in den nordatlantischen Kriegspakt durchzusetzen wollen, sie steht aber im schroffsten Gegensatz zu den Wünschen und Interessen des deutschen Volkes.

Die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands hat richtig erkannt, daß die Eingliederung Westdeutschlands in den Nordatlantik-